

Das erwachende Bürgerinteresse an den Belangen vor Ort und der Region

Bodo Hombach

Dorsten, 2. März 2011

**24. Dorstener
Wirtschaftsgespräch**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Roman „Die Entdeckung der Langsamkeit“ erzählt der Schriftsteller Sten Nadolny vom englischen Seefahrer und Weltumsegler John Franklin. Der ist nach vielen Jahren in sein Heimatdorf zurückgekommen. Hier trifft er abends im Pub einen alten Schäfer. „Wozu um die Welt segeln?“, meint der. „Die Erde dreht sich. Man kommt doch auch so überall hin.“ Franklin ist erstaunt. „Man dreht sich doch mit und bleibt so immer am selben Ort.“ Der Schäfer nickt bedächtig. „Na ja“, meint er, „die Füße muss man schon gelegentlich heben...“

Eine Anekdote. Sie erfasst auf pfiffige Weise die Dialektik von lokaler und globaler Weltsicht. Warum kommt sie mir in Erinnerung? Sie enthält die zentrale These, die ich Ihnen vorlegen will: Lokales und Globales sind keine Gegensätze. Sie durchdringen und bedingen einander. Erwachendes Bürgerinteresse an Belangen vor Ort ist nicht Rückfall ins Biedermeier. Es ist auch keine Flucht hinter die Mauern des Heimatdorfes. Es ist Verwurzelung, die globales Denken ergänzt und die richtigen Konsequenzen daraus zieht.

Moderne „Weltumsegler“ in Politik, Wirtschaft und Finanzen hätten eine gefährlich autistische Wahrnehmung, wenn sie die relevanten – lebensnahen – Themen der Leute ausblendeten. Zurzeit heben viele Menschen die Füße (nicht nur bei Borussia). Der ganze Mittelmeerraum will in die Moderne. Auch im alten Europa wenden sich Bürger von den traditionellen Abläufen ab. Die Erde dreht sich scheinbar schneller als gewöhnlich.

Wenn man die Füße wieder niedersetzt, ist man woanders. Nicht in einem anderen Land und einer anderen Zeit. Aber doch in veränderten Verhältnissen. Der Ruf nach Beteiligung wird lauter. Vor allem auch bei langfristig folgenreichen Großprojekten. Die Expedition zum Mars lässt die Leute relativ kalt. Dort, wo es um ihre unmittelbare Lebensumgebung geht, müpfen sie auf. Sie wollen nicht „überfahren“, „überrumpelt“ oder „überlistet“ werden.

Die Wähler, so sie überhaupt zur Urne gehen, überlassen ihren gewählten Vertretern nicht mehr blind die vierjährige Prokura. Führungskräfte und Eliten haben sich in den letzten Jahren gefährlich oft als unzuverlässig und raffgierig erwiesen. Deutschland erlebt einen Delegitimierungsprozess der Institutionen wie schon lange nicht mehr. Jeder Mensch hat nur ein begrenztes Budget an Aufmerksamkeit für die öffentlichen Dinge. Grob geschätzt verteilt er es zu 5 Prozent an internationale Themen, zu 10 Prozent an nationale, aber zu 85 Prozent an lokale und regionale Vorgänge. Alle empirischen Erhebungen bestätigen mit fast schon langweiliger Penetranz: Es sind diese Fragen, die als besonders relevant empfunden werden.

Eine große McKinsey-Studie beweist: Wirkliche Sorgen machen sie sich um die Entsolidarisierung, den schwindenden Konsens und die rauen Umgangsformen in der Gesellschaft. Sie erleben das täglich im Vorortszug oder am Arbeitsplatz. Nicht globale und ferne Themen besetzen ihren Alltag, sondern der Verlust der Nähe. Das Lokale, das Alltägliche, die sogenannten „kleinen Verhältnisse“ der sogenannten „kleinen Leute“. Vor Jahren wurde das noch hochnäsiger abgetan.

Das war Provinz, also provinziell. Das war „Krähwinkel“ oder „Hinterwäldlertum“. Das sprach Dialekt, war begriffsstutzig und ahnungslos. Wer etwas auf sich hielt, lebte in der Hauptstadt, tat so, als lese er täglich drei Zeitungen und sähe jeden Abend eine Uraufführung.

Das hat sich geändert. Die Bildungsoffensiven seit den 60er Jahren, vor allem aber die elektronischen Massenmedien – Rundfunk, Fernsehen und nun das Internet –, haben die klassischen Gräben übersprungen. Herrschaftswissen als Abstandhalter zwischen sozialen Schichten ist pure Illusion. Das Schlüsselwort unserer Zeit heißt „Entgrenzung“.

Auch in Deutschland ist einiges los. Stuttgart 21, Ärger in Datteln und im Wendland. Bürgerschaftswahl in Hamburg mit Erdrutschsieg für kommunale Themen (gegen den Bundestrend). Der Souverän wartet nicht mehr auf den nächsten einsamen Moment in der Wahlkabine. Er will es auch unterwegs genauer wissen, wie und wohin der Hase läuft. Das ist Trend. Naturgemäß spielen dabei auch diffuse Befindlichkeiten eine große Rolle.

Aber damit ist das Phänomen nicht beschrieben. In Stuttgart waren es eben nicht nur „Ökofreaks“ und fortschrittsungläubige Sitzenbleiber, die unser aller Zukunft zernörgeln wollten. Es waren nicht begriffsstutzige Leute, die in das falsche Stück geraten waren und die man mit Wasserwerfern belehren musste. Sie wollten ein anderes Stück. Einen anderen Spielplan. Sie wollten sich nicht mehr Entscheidungen unterwerfen, die man vor zwanzig Jahren getroffen und ihnen nun als „alternativlos“ präsentierte.

Mehr Mut- statt Wutbürger. Planfeststellung und Sachzwang hin oder her, sie fanden sich nicht mehr damit ab, ein fertiges Projekt am Ende nur noch „verkauft“ zu bekommen. Sie wollten in jeder Phase beteiligt sein, zumal dann nämlich, wenn über die Richtung des Ganzen entschieden wird. Im öffentlichen Schlichtungsverfahren erwiesen sie sich als erstaunlich gut informiert. Sie waren dem Sachverstand der Gegenseite gewachsen. Sie suchten ohne Schaum vor dem Mund nach konstruktiven Lösungen.

Nun kann man wohlfeil vom Versagen der politischen Klasse sprechen. Die zieht sich mit geschmeidig formulierten Null-Botschaften aus der Affäre. Aber Vorsicht! Von der Hand mit dem ausgestreckten Finger zeigen einige auch auf Redakteure und Journalisten. Eine kleine Dosis Gewissensforschung kann nicht schaden.

Kamen nicht auch uns die Bürger abhandeln? Haben wir denn nachgefragt, als immer mehr Staat weite Teile der Gesellschaft besetzte? Mit welchem Recht nennen wir unsere Produkte „Bürgerzeitung“, wenn auch uns die Bürger davonlaufen? Weil auch wir Politikern, Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Kirchenführern auf den Leim gingen. Weil wir Designer-Statements übernommen haben. Weil wir zu oft mit den Würdenträgern in der ersten Reihe saßen. Weil wir das Volk buchstäblich hinter uns ließen.

Wer vorne sitzt, hört schlecht, was hinter ihm gesprochen wird, und er hört gar nicht, was geflüstert wird. Gehören Journalisten in die erste Reihe? Ich denke nicht. Re-

daktionen sind eben nicht Gewalt im Staat, sondern Wächter, Kritiker und Enthüller. Sie sind nicht Jäger, sondern Sammler. Ihr Platz ist die Volksversammlung.

Zurzeit bekommen sie dort Erstaunliches zu hören. Ich ziehe eine erste Zwischenbilanz: Es tut sich was an der Basis. Der lokale Sektor wird sexy. Das taucht die Kommunalpolitik in ein neues Licht. Sie tritt – wenn sie's denn kapiert – aus dem Wahrnehmungsschatten der Bundes- und Landespolitik.

In dem stand sie nicht immer. Nach dem Krieg begann der Wiederaufbau des politischen Lebens nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Die kommunalen Selbstverwaltungen organisierten die Lebensmittelversorgung und den notwendigen Wohnraum. Sogar der Produktionsbereich wurde unter Mithilfe ihrer Organe in Gang gesetzt.

Später erst entstanden die Strukturen der Länder und viel später die des Staates. Diese beeilten sich dann, die Kommunalverwaltung zum Ausführungsorgan ihrer Politik herunterzustufen. Am kurzen Zügel fiskalischer Unterernährung konnten die Gemeinden bald nur noch große Löcher durch kleine stopfen. Ihre Planung beschränkte sich darauf, die Risiken und Nebenwirkungen sozialer Entscheidungen der Landes- oder Bundespolitik nachträglich abzufedern oder gesundzubeten. Heute haben sie allen Grund, sich wieder wichtig zu fühlen.

Welche Rolle spielen die Medien in dieser Umbruchsphase? Wir beobachten interessante Phänomene. Heftige Meinungen zu Schlaglöchern in den Straßen, maroden Schulgebäuden oder dem Sinn einer Umgehungsstraße füllen die Leserbriefspalten.

Lokalpresse, Bürgerfunk und besonders die Sozialen Netzwerke im Internet erzeugen einen breiten, allerdings manchmal auch flachen Informationsstrom. Sie mobilisieren und organisieren Bewegungen, die rasch politisches Gewicht bekommen. Über Nacht entstehen „per Akklamation“ Initiativen, Bewegungen, ja neue Bürgergruppen.

Die politische Klasse diskutiert noch zaghaft, ob das plebiszitäre Element in unserer Demokratie eine größere Rolle spielen sollte. Aber längst hat sich das in der Praxis ausgeweitet (Abstimmung TED – Superstar – Dschungel).

Es erscheint mir als charakteristisch für die neue Medienlandschaft, dass sie die trägen institutionellen Gegebenheiten nicht bekämpft, sondern ignoriert. Warum langer Marsch durch die Instanzen, wenn man schon auf Nebenwegen respektable Ergebnisse erzielen kann!

Erlauben Sie mir als Medienmann, der schon lange ungeduldig an der Leine zerrt, den Scheinwerfer auf die Medien zu richten. In diesem Umfeld ist eine Figur von großer Wichtigkeit und sollte eine große Rolle spielen. Der Lokaljournalist.

Er muss das Stadtgespräch aufmerksam begleiten. Er kann das kommunikative und kommunale Klima enorm beeinflussen. Er hilft, die Komplexität der Themen herunterzubrechen, ohne sie schrecklich zu vereinfachen. Er kann sie in die Sprache der Leser übersetzen und ihre Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit beschreiben. Der

lokale Journalist hat die Wirklichkeitskontakte, die anderen fehlen. Seine Wirklichkeitsbegegnung ist sein Wissensschatz. Er muss realitätssüchtig sein.

Die Zeitung ist ein Verstehensversuch für freie Bürger in einer schwierigen und verletzlichen Welt. Die zunehmende Entrücktheit der Politik darf nicht Entfremdung werden. Der Journalist wird auch dort Transparenz schaffen, wo sie von mächtigen Interessengruppen nicht erwünscht ist. Zu seiner täglichen Morgenandacht sollte die Lösung gehören: „Was morgen im Dunkeln liegt, habe ich heute nicht aufgeheilt.“

Dem Lokaljournalisten bietet sich ein weites Feld. Die richtigen Antworten muss er nicht haben, aber die richtigen Fragen kann er stellen. Dabei wollen die Leser und Nutzer auch Orientierung, denn sie leben in einer Welt mit wachsender Unübersichtlichkeit. Wer heute mithalten will, muss gegenüber früheren Epochen ein ungeheures Maß an Informationen verarbeiten.

Das aktuelle Geschehen erscheint vielen chaotisch. Zwischen Ereignis und medialer Umsetzung lagen früher Wochen, Tage, wenigstens eine Nacht. Da konnte etwas „sacken“, hinterfragt, eingeordnet, bewertet werden. Satellit und Internet lassen diesen Abstand gegen Null schrumpfen.

Die medial vermittelte Wirklichkeit ist inzwischen fast so chaotisch wie die Wirklichkeit selbst. Hinzu kommt: Die vertrauten Schemata, etwa der alten Parteienlandschaft, zerfallen. Interne Flügelkämpfe tun ein Übriges.

Politik besteht zunehmend darin, dem anderen den Stuhl wegzuziehen. Die Konturen der klassischen Sinnstifter (Familie, Schule, Verein, Religionsgemeinschaft) weichen auf. Lebensstile individualisieren sich. Trends und Moden jagen einander. Die Themen ändern sich rasch. Die Leute haben weniger Zeit und Geduld.

Gleichzeitig dehnen sich Großgruppen und Konzerne zu Gebilden von nicht mehr durchschaubarer Komplexität. Der gute Journalist wird nicht als Seher oder Deuter auftreten.

Er will's einfach nur wissen. Vielleicht etwas neugieriger als andere. Er gibt den Leuten eine Stimme, wenn sie sprachlos sind. Er gibt ihnen seinen Wortschatz, wenn ihnen die Worte fehlen. Er will niemanden bevormunden und nichts regeln, was sie selber regeln können. Er zeigt ihnen aber, dass sie mehr drauf haben als sie ahnen. Er ist kein Missionar oder Weltverbesserer. Er hat eines kapiert: Der Umweg ist oft die kürzere Verbindung, und das Gegenteil der Wahrheit ist auch nicht ganz falsch.

Er hat Grund, selbstbewusst aufzutreten. Das verpflichtet ihn aber, sich stets weiterzubilden, neue Erkenntnisse der Lese- und Verständlichkeits-Forschung aufzunehmen. Er hat die deutsche Sprache so zu schätzen wie den Leser, für den er schreibt. Er achtet eifersüchtig auf sein wichtigstes Gut: Glaubwürdigkeit. Dazu gehören die faire Beachtung aller Standpunkte und eine klare Trennung von Bericht und Kommentar.

Wo er berichtet, überprüft er seine Quellen. Wo er urteilt, enthüllt er seine Kriterien. Er lässt Kritik an seiner Arbeit ins Blatt. Er beschafft und erschließt die Informationen, die der Bürger braucht, um teilzuhaben und mitzuwirken.

Das heißt auch: mächtigen Interessengruppen in die Karten gucken. Wenn nötig, muss er ein schlechtes Spiel verderben. Dazu braucht er den Rückhalt professioneller Werkzeuge und Fertigkeiten und das Widerlager eines starken Verlagsunternehmens.

Freie Presse ist nicht eine Veranstaltung für die Gesellschaft, die sie sich neben vielem anderen auch noch leistet. Sie ist eine Veranstaltung der Gesellschaft und somit elementarer Ausdruck ihrer Würde. Es wundert mich nicht: Lokalzeitungen haben noch immer die meisten und verlässlichsten Leser. Lokale und regionale Blätter erreichen gut 60 Prozent der über 14-Jährigen; die überregionalen Abo-Zeitungen gerade mal 5,5 Prozent (Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger 2008).

Wir erleben gegenwärtig eine explosive Ausfaltung der technischen Informationsträger und Übertragungswege. Der Journalist von heute und erst recht von morgen arbeitet crossmedial. Wie ein guter Organist zieht er die jeweils angemessenen Register. Er ist „querlässig“ und arbeitet mit Fachredaktionen aller Art zusammen.

Meine Damen und Herren, Sie haben es gemerkt: Ich singe nicht das Klagelied vom Zeitungssterben. Man weiß ja, wie vital oft gerade das Totgesagte ist. Ich leide nicht an der jungen Generation, die sich im weltweiten Netz verfängt. Vielleicht hören Sie aus meinem „Lob des Lokaljournalisten“ sogar leise Melancholie eines Managers heraus.

Der hat an Rahmenbedingungen zu stricken und Strukturen zu diskutieren. Der ist sich nicht sicher, dass seine Berufswelt interessanter und heilsgeschichtlich bedeutender ist als die eines Lokaljournalisten. Mit hehren Zielen und idealtypischen Beispielen ist der Journalist natürlich noch nicht beschrieben.

Im Normalfall will er weder erbauen noch erziehen. Er will über das jeweils Neueste informieren. Seine Zeitung darf sich nicht verkaufen, aber sie muss sich verkaufen. Deshalb ist sie darauf angewiesen, das Interesse ihrer Leser zu reizen und ihre Neugier zu befriedigen. Dies alles ist nicht für „lau“ zu haben. Echte Reportagen und kritische Berichte brauchen Zeit, Kraft und Ausdauer. Sie werden sorgfältig ermittelt und geschrieben. Sie haben eine ordentliche Halbwertszeit. Schund, Luftblasen und Geschrei drängen sich auf. Eine gute Recherche, eine stichhaltige Enthüllung, eine gründliche Analyse muss man sich besorgen wie ein Wertobjekt.

Letztlich muss alles, was der Journalist und der Medienmanager tun, beim Leser ankommen. Wenn uns beiden das nicht gelingt, wird der sich leise verabschieden. Vielleicht geht er dann Marktschreieren und Demagogen in die Netze. Er hebt dann zwar die Füße, aber wenn er sie wieder niedersetzt, findet er sich in einer Umgebung, in der er nicht leben will.

Ich kehre zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen und Beobachtungen zurück. Denkblockaden waren schon immer antiquiert. Sie sind es mehr denn je. Die ge-

wachsene Sprechbereitschaft und Sprachfähigkeit der Bürger in Tateinheit mit den Möglichkeiten der neuen Medien lässt Sprachlosigkeit zwischen den Gruppen nicht mehr zu. Das Zauberwort heißt deshalb „Dialog“.

Die Gesellschaft der Zukunft ist eine Dialoggesellschaft – wenn nicht, versteinert sie. Wer bereit ist, einen Prozess zu fördern und zu begleiten, der den Nahbereich wieder nach vorne bringt, ist modern wie schon lange nicht mehr. In einer Demokratie wächst Macht nicht durch Amt und Würde, sondern durch Überzeugungskraft. Mit jedem Zuwachs an Transparenz gewinnen staatliche Verfahren an Legitimität. Am Ende stehen endlich die Sachfragen im Vordergrund. Nicht beleidigtes Selbstwertgefühl einer Verwaltung, die glaubt, sich vor „denen da unten“ behaupten zu müssen.

„Dialoggesellschaft“ – An meiner Bürotür hängt unsichtbar ein Schild mit der Aufschrift „Bitte stören!“. Nun ahnen Sie vielleicht, warum ich als Medienmanager gern bereit war, die Moderation des Initiativkreises Ruhr zu übernehmen. Der ist nach dem Geist seiner Gründer keine reine Wirtschaftsvereinigung, sondern ein Versuch, gesellschaftspolitische Verantwortung zu leben. Mit konkreten Projekten in einer der spannendsten Regionen Europas.

Nicht nur in Presse und Kommunalpolitik weht neuer Wind. Auch bei den Unternehmen frischt es auf. Immer mehr verweisen ausdrücklich auf ihre gesellschaftliche Verantwortung. In empirischen Untersuchungen sprechen 90 % der Befragten von ihrem sozialen Engagement.

Die WAZ Mediengruppe hat gerade erst eine solche Erhebung durch die Ruhr-Universität Bochum veranlasst. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die „Corporate Social Responsibility“ nichts mit plötzlichen Gefühlswallungen der Reichen und Mächtigen zu tun hat. Sie ist getragen durch das stärkste Motiv jedes Unternehmens: erfolgreich und profitabel zu sein. Sie dient auch der Realisierung ökonomischer Ziele. Angesichts eines immer homogeneren Produktangebots.

Bei zunehmend gesättigten Märkten kann man die Erkennbarkeit einer Marke durch eine ethische Dimension ausbauen und sie emotional anreichern. Ich sehe hier große Chancen, ein enormes Potenzial an wirtschaftlicher Kraft und gesellschaftspolitischer Sprungbereitschaft zu mobilisieren. Wir können Gruppen zusammenführen, die Transparenz wichtiger Entscheidungen erhöhen und Kräfte bündeln.

Bei höherem Konsens wird eine ganz andere Wirkung entfaltet. Im provinziellen Gegeneinander wird Energie vergeudet.

Die Erde dreht sich, und man kommt auch so überall hin: Man muss aber die Füße heben.

Ich danke Ihnen.